

Bern, Juni 2021

Protokoll des Parteitages

Datum, Zeit	Samstag, 29. Mai 2021, 10:15 – 12.45 Uhr
Ort, Raum	Zoom-Konferenz
Präsenz	112 Stimmberechtigte Personen
Absolutes Mehr	57 Stimmen
Protokollführung	Zora Schindler



1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag	3
2.1	StimmzählerInnen.....	3
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro	3
2.4	Tagesbüro	3
3	Genehmigungen	3
3.1	Tagesordnung	3
3.2	Geschäftsordnung	3
3.3	Protokoll des Parteitages vom 03.02.2021.....	3
4	Regierungsratswahlen 2022	4
4.1	Bericht Findungskommission.....	4
4.2	Vorstellung Kandidierende.....	5
5	Finanzgeschäfte	7
5.1	Bericht Geschäftsprüfungskommission	7
5.2	Jahresrechnung und Bilanz 2020	7
5.3	Finanzplan 2022-24 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge	8
6	Parolen für die Abstimmungen von 13.06.2021	8
6.1	Referendum CO2-Gesetz.....	8
6.2	Referendum Covid-19-Gesetz	9
6.3	Referendum Antiterror-Gesetz.....	10
6.4	Trinkwasser-Initiative und Pestizid-Initiative	11
7	Verabschiedungen	12
7.1	Parteileitung	12
7.2	Geschäftsleitung	13
8	Gesamterneuerungswahlen	13
8.1	Wahlen in die Geschäftsleitung.....	13
8.2	Wahlen in die Geschäftsprüfungskommission	14
9	Resolutionen	14
10	Verschiedenes	15
11	Schluss des Parteitages	15

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Co-Präsidentin **Mirjam Veglio** und Co-Präsident **Ueli Egger** eröffnen den Parteitag.

Eigentlich sollte der Parteitag heute in Biel stattfinden, leider treffen wir uns nun wieder einmal online.

Weil es Nachfragen gab: Die Resolution der SP MigrantInnen ist auf der Webseite, weil sie sehr kurzfristig eingereicht wurde, war das nicht früher möglich.

Mirjam und Ueli wollen gemeinsam aufzeigen, dass sie formstarke Berner SP präsidieren. Wir sind in einer verrückten Zeit, da braucht es eine starke SP: Immer mehr Privatpersonen und – unternehmen sind schier unendlich reich und übernehmen Aufgaben, die aus ethisch demokratischer Sicht in die Hände von Gesellschaft und Staat gehören.

Es ist unglaublich, unerhört, dass nach den USA der zweitgrösste Geldgeber der UNO Bill Gates ist und nicht ein weiteres Land. Und gerade erreicht uns ein weiteres Kapitel der Politik, in welchem Elon Musk eRaken in den Weltraum schickt und Twitter entscheidet, was der Präsident der mächtigsten Nation veröffentlichen kann und was nicht. Das Kapital, der Markt, zwingt die Politik in die Knie. Das sehen wir auch bei der Pharmaindustrie: Diese hat versprochen, auf Gewinne bei den Corona-Impfungen zu verzichten. Jetzt sind es bei Moderna 20 Milliarden, bei Pfizer 26 Milliarden, bei BionTech 15 Milliarden Dollar. Das entspricht einer Gewinnmarge von 65%.

Die Pharmaindustrie aber auch Syngenta, alles grosse Schweizer Unternehmen, haben beim Bundesgericht erklagt, dass der Anteil an Chlorothanolin im Trinkwasser nicht angegeben werden muss. Das alles zeigt: es braucht die SP für den Kampf für gutes Wasser, für eine gute Umwelt - ein Kampf gegen den kalten bürgerlichen Wind. Die Welt und die Schweiz brauchen uns!

Der Kanton Bern senkte Steuern für Unternehmen, während er es beim Pflegepersonal beim Applaus bleiben liess und nur dank unserem Engagement auch kleinere Player unterstützte.

Mirjam ist stolz auf die SP Kanton Bern, auf uns. Wir haben Stärke gezeigt, haben trotz schwierigen äusseren Einflüssen Unterschriften für eine kantonale Elternzeit erfolgreich gesammelt: zum Schluss waren es rund 20'000 Unterschriften. Das zeigt, dass das Anliegen breit unterstützt wird! Möglich war das nur dank der gemeinsamen Stärke und einem fulminanten Schlusssspur. Das zeigt uns: Wenn wir wollen, dann können wir. Aber es braucht uns dafür alle! Mirjam dankt deshalb den Sektionen, den Mitgliedern und insbesondere den SP Frauen und der JUSO für den grossen Einsatz. Die Elternzeit ist ein Anliegen, das den Kanton weiterbringt, ein Mehrwert für alle Familien, auch gerade diejenigen mit kleinen Kindern, denn die brauchen Zeit, viel Zeit, Elternzeit. Und die Elternzeit hilft, diesen Lebensabschnitt in Einklang zu bringen. Denn das Leben ist Synchronisation, die Lösung Elternzeit.

Für die kantonalen Wahlen ist die Initiative ein wichtiges Signal: Wie zeigen, wir haben die richtigen Ideen, um den Kanton weiterzubringen. Auch in der ausserordentlichen und schwierigen Zeit, die hoffentlich bald vorbei ist stehen bei der SP die Menschen und deren Wohlergehen im Fokus. Wir haben im letzten Jahr korrigiert wo nötig: Für Menschen braucht es Angebote im sozialen Bereich, und bei besonders von COVID Betroffenen Berufsfeldern bessere Anstellungsbedingungen, gerade bei der Pflege und der Betreuung. Wir haben uns für tiefere Hürden bei den Härtefallregelungen für das Gewerbe eingesetzt, für die Kitas und für die Lockerung der Schuldenbremse. Denn wir haben bei unserer Politik die Menschen und ihr Wohlergehen im Fokus. Das ist die soziale Gerechtigkeit der Sozialdemokratie, wir setzen uns unermüdlich und überall ein. Denn Finanzpolitik ist Sozialpolitik, ein starker Staat muss sozial gerecht investieren. Dafür braucht es Steuern und eben eine Sozialpolitik, die bewusst gestaltet.

Und es braucht eine intakte Umwelt. Wir setzen uns eine für eine gesunde Umwelt und das erreichen wir mit sozialverträglichen Lösungen statt Verboten. Denn bei der Sozialdemokratie steht der Mensch und nicht der Baum im Fokus.

Bei der Wirtschaftspolitik führt die Industrie 4.0 zur Flexibilisierung und grenzenlosen Beanspruchung. Die Spaltung von Arbeitsplätzen in gute und schlechte sowie die fremdgesteuerte Flexibilität bringen die Gesundheit aus dem Lot. Darum haben wir uns beim Referendum gegen Sonntagsverkäufe engagiert und dieses auch gewonnen.

Agrarpolitik ist Sozialpolitik: Bäuer:innen sollen gut leben können und wir wollen gute Böden und gutes Trinkwasser auch für kommende Generationen.

Das Leben ist Synchronisation: Damit sind wir einverstanden, wenn es für alle gilt und die Gesellschaft die Voraussetzungen dafür schafft. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie: Den Menschen und sein Wohlergehen im Fokus zu haben. Immer!

Mirjam und Ueli wünschen allen einen spannenden Parteitag.

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 StimmzählerInnen

Keine Wahlen nötig, weil die Stimmen im Zoom direkt ausgezählt werden.

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen: Sonja Walther und Karin Amatucci (beide Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Es wird kein Wahlbüro gewählt, weil die Stimmen im Zoom direkt ausgezählt werden.

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. PL und Stimmzählende

Abstimmung: Alle vorgeschlagenen werden gewählt.

Für Wortmeldungen kann man in Zoom mit den Händchen melden. Das ist ausnahmsweise auch während des laufenden Traktandums möglich.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen und genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 03.02.2021

Das Protokoll wird genehmigt.

4 REGIERUNGSRATSWAHLEN 2022

4.1 Bericht Findungskommission

Mirjam Veglio berichtet aus der Findungskommission. Diese setzte sich zusammen aus Barbara Stalder aus der POK, Cédric Némitz, ehemaliges PL-Mitglied sowie ehemaliger Gemeinderat von Biel, Mirjam Veglio vertrat die Parteileitung und leitete das Gremium, Zora Schindler war vom Sekretariat zuständig.

Am 6. Mai haben die Mitglieder der Findungskommission mit Erich Fehr gesprochen, der sich für eine Kandidatur als Regierungsrat beworben hatte. In einem stündigen Gespräch wurden Erich viele Fragen gestellt, zu seiner Motivation, Qualifikation und Erfahrung. Das Fazit der Findungskommission ist, dass die SP Kanton Bern in Erich Fehr einen sehr geeigneten, erfahrenen und erprobten Exekutivpolitiker für das Amt und die Kandidatur als Regierungsrat hat. Er hat die Ochsentour gemacht und ist bestens erprobt. Er argumentiert stark und mit Beispielen, ihm ist Glaubwürdigkeit sehr wichtig. Erich ist mediengewandt und –erfahren. Er weiss, wie eine Verwaltung funktioniert, hat einen MA in Public Administration an der Universität Bern gemacht und vorher ein KV. Sein vielfältiger Rucksack ermöglicht es ihm, unabhängig von seinem Sekretariat eine Direktion zu führen. Erich weiss, wie Wahlkampf geht, ihm sind mögliche Stolpersteine klar, die zu vermeiden sind, aber auch die Chancen, die es zu nutzen gilt.

Die Strategie der Parteileitung ist klar: Die SP Kanton Bern tritt an, um zu gewinnen, um die linke Mehrheit zurückzuholen. Am Parteitag vom 3. März haben wir gemeinsam diese Strategie festgelegt, heute geht es nur um die Persönlichkeiten. Als Co-Präsidentin freut sich Mirjam sehr, dass die SP Kanton Bern hochmotivierte Personen mit den nötigen Voraussetzungen für das Amt als Regierungsrat oder Regierungsrätin hat, die bereit sind, sich für die Ziele der SP und das Wohl des Kantons Bern einzusetzen. Aktuell stehen drei motivierte Personen im Fokus.

Ein grosser Dank geht an Hervé Gullotti: Mirjam dankt ihm für die Grösse, dass er seine eigene Kandidatur zugunsten von Erich zurückgezogen hat. In den letzten Wochen und Monaten wurden viele Gespräche geführt, auch unter Einbezug des PSJB. Gemeinsam kamen alle Beteiligten zum gleichen Schluss: Unsere Chance ist die Vakanz nach Beatrice Simons Rücktritt, zumal die Mitte personell schwach aufgestellt ist und wir mit Erich Fehr für diesen Sitz eine sehr starke Kandidatur haben. Darum sind die Erfolgchancen am grössten, wenn mit den drei Bisherigen rot-grünen Regierungsmitgliedern, Evi Allemann, Christoph Amman und Christine Häsler gehen und zusätzlich mit Erich Fehr den vakanten Sitz angreifen. Mit dieser Strategie haben wir die besten Erfolgchancen, um die linke Mehrheit wiederzugewinnen.

Wir haben klar gesagt, dass es aussichtslos ist, den Jurasitz anzugreifen, wenn Schnegg wieder antritt, wie er es inzwischen kommuniziert hat. Bisherige werden fast immer wiedergewählt und Schnegg sitzt aktuell fest im Sattel.

Hervé hat ab der Juni-Session das Grossratspräsidium inne. Das letzte Mal, dass jemand aus dem Berner Jura dieses Amt besetzte, war es Chantal Bornozy-Flück – ebenfalls SP-Grossrätin. Aktuell arbeiten wir enger mit dem PSA zusammen, sowohl im Grossen Rat, wie auch bei der Elternzeit, bei welcher Maurane Riesen im Komitee war. Dass wir Schneggs Sitz für einmal nicht angreifen, bedeutet nicht, dass wir seine Politik nicht angreifen – im Gegenteil: Er kann nur mit einer bürgerlichen Mehrheit so agieren, Wir können dieser unmenschlichen Politik von Schnegg und auch Müller oder Neuhaus Einhalt gebieten, wenn wir sie in einer linken Regierung zurückbinden. Und deshalb haben wir uns für die aussichtsreichste Strategie entschieden, um die zurückzugewinnen.

4.2 Vorstellung Kandidierende

Evi Allemann: Vor vier Jahren hat sie hier von ihrer grossen Motivation erzählt, sich für eine höhere Lebens- und Wohnqualität im Kanton Bern einzusetzen. Sie möchte den Bären zum Fliegen bringen mit innovativen, nachhaltigen Projekten. Der Bär fliegt auch heute nicht immer, aber für ihre Themen engagiert sich Evi weiterhin mit Herzblut. Drei Themenbereiche sollen heute Einblick in Regierungsarbeit liefern und motivieren:

1. Raumplanung: Diese soll Entwicklungen ermöglichen. Sie ist die Grundlage dafür, dass auch künftige Generationen mit hoher Lebensqualität im Kanton Bern leben können. Es gilt, die Ressource Boden sorgfältig aufzuteilen aber gleichzeitig Entwicklungen zu ermöglichen. Das ist sehr spannend und umfasst viele Spannungsfelder.
2. Familien: Der Kanton Bern soll ein starker Familienkanton sein: So hat sie die Prämienverbilligungen mit Rückenwind durch das Bundesgericht um 30 Millionen jährlich angehoben. Jetzt haben mehr Familien Anspruch auf Prämienverbilligungen, teilweise auch einen höheren Anspruch. Das ist im Alltag von vielen Menschen sehr relevant. Auch das Jugendamt ist in Evis Direktion. Durch die neue Gesetzgebung erhalten Kinder und Jugendliche Schutz und Förderung, wie sie sie benötigen. Die demnächst folgende Revision hat Evi massgeblich mitgeprägt. Evi freut sich zudem auf die Debatte zur Elternzeit. Im Regierungsrat ist der Ausgang offen, das Thema gehört ebenfalls zu ihrer Direktion. Sie freut sich auf eine gute Zusammenarbeit im Dossier.
3. Digitalisierung, ein Querschnittsthema: Es geht um Dienstleistungen für Bürger:innen, nicht nur das Verwalten. Digitale Daten sind zeit- und ortsunabhängig verfügbar. Kleine Sachen, Auszüge aus Registern, eBau, eUmzug etc. sind alles Digitalisierungsprojekte, die Evi überzeugt vorantreiben, damit der Kanton gute Dienstleistungen für die Bürger:innen liefert.

Als Direktorin ist Evi nur so stark wie ihre Mitarbeitenden, die fachlich arbeiten, diese sind dezentral im ganzen Kanton verteilt. Mit diesen Mitarbeitenden hat sie zur Legislaturmitte versucht, die Themenvielfalt in der Direktion zu gruppieren. Dabei kamen die Themenfelder Religion, Digitalisierung, Raumplanung, Gemeinde und Familien zusammen. Das zeigt die Vielseitigkeit der Arbeit. Evi übernimmt aber nicht nur in der Direktion, sondern auch im Gesamtgremium Verantwortung, gerade in schwierigen Themen und Zeiten. Das würde sie gerne vier weitere Jahre tun.

Christoph Ammann möchte heute seine Motivation für das Weiterführen der Arbeit in der Regierung sowie das Potenzial und die Risiken beleuchten. In den letzten 18 Monaten war er vor allem als Wirtschaftsdirektor sichtbar, im Zusammenhang mit den Kurzarbeitsentschädigungen und der Umsetzung und dem Vollzug von Härtefallregelungen. Daran besteht aktuell grosses Interesse, aber seine Arbeit umfasst weit mehr und seine Motivation stützt er ab auf Projekte wie auch Chancen und Potenziale, die im Interesse der SP sind.

Seit fast fünf Jahren ist er im Regierungsrat. Es ist sehr herausfordernd und belastend, bietet aber auch Gestaltungsmöglichkeit: Nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch als Energie- und Umweltdirektor. Letztere Aufgaben sind beide weniger sichtbar, dabei hat Christoph sehr engagiert gearbeitet, zusammen mit Evi, Christine Häsler und der SP Kanton Bern.

Die Vision des Regierungsrats ist angelehnt an das Nachhaltigkeitsdreieck und Titel bedeutet sinngemäss, dass der Kanton Bern eine führende Rolle bei der Bewältigung von Umweltfragen übernimmt. Das Potenzial besteht, dass die Vision von Taten gefolgt wird. Er denkt dabei an die Wyss-Academy, den Aufbau für Forschungszentrum, HUB-Bern etc.

Als Energieminister hat Christoph eine Schnellrevision des Energiegesetzes in Konsultation; im Herbst 2021 soll sie in den Grossen Rat kommen und das Ziel ist, dass sie per 1. Januar 2022 in Kraft tritt. So sind wir bereit, das CO₂-Gesetz kantonal wirken zu lassen. Unser Ziel muss immer sein, die Klimaziele zu erreichen. Auf Ebene Kanton bedeutet das Gebäudeprogramme und

ähnliches. Dafür sollen die Gesetzesgrundlagen vorliegen. Wir wollen Massnahmen umsetzen und arbeiten mit Anreizen, dass Solaranlagen Ölheizungen ersetzen und ähnliches mehr.

Eine Umweltstrategie ist auch in Arbeit, dazu wird Christoph im Sommer kommunizieren. Diese ist so angelegt, dass sie von einer Direktionsstrategie zur Regierungsstrategie ausgebaut werden könnte, wenn die rot-grüne Mehrheit zurückgewonnen wird. Das ist Christophs erklärtes Ziel für die Wahlen. Es ist eine einmalige Chance, um die Mehrheit zurückzuholen und Christoph setzt sich mit aller Kraft dafür ein. Er freut sich darauf, sich mit Evi und Erich für eine gute Regierung für den Kanton Bern einzusetzen.

Erich Fehr: Der Kanton Bern verdient und braucht eine linke Mehrheit im Regierungsrat. Darum ist Erich motiviert für Nomination, er braucht die Unterstützung der Partei. Für ihn ist es eine grosse Befriedigung, innerhalb der SP Kanton Bern ein gemeinsames Ziel zu verfolgen: die Rückeroberung der linken Mehrheit. Erich dankt Hervé, auch für den Rückzug seiner Kandidatur. Zusammen mit dem PSJB unterstützt Hervé Erich. Das ist unerlässlich, und Erich weiss diese selbstlose Haltung sehr zu schätzen. Der Kanton Bern braucht nach sechs Jahren einen neuen Impuls einen Richtungswechsel. Erich steht ein für eine sozialere und ökologischere Zukunft.

Er hat viele Jahre in verschiedenen Ämtern absolviert, 12 im Gemeinderat, 10 als Gemeindepräsident. Diese Erfahrung gibt ihm Vertrauen, dass er das Amt als Regierungsrat ausfüllen kann. Das Verbinden zwischen Deutsch- und Französischsprachigen ist ihm in der DANN. Aktuell gibt es Diskussionen über den Transfer von Moutier zum Kanton Jura, aber wichtiger ist eigentlich die Stärkung des Jura Bernois und der französischsprachigen rund um diese Trennung. Die Mehrheit muss die Minderheit respektvoll behandeln. Der Kanton Bern ist so stolz darauf, bilingue zu sein. Damit er das bleibt, müssen wir einen starken Jura Bernois haben und eine starke francophone Bevölkerung.

Finanzpolitik darf für Erich nicht Selbstzweck sein, sondern muss die Entwicklung des Kantons absichern. Es ist ein bürgerlicher Irrtum, dass Corona bald komplett vorbei sei und dann nichts mehr gemacht werden muss und weiter mit einer Schuldenbremse regiert werden kann. Das ist ein Instrument, das in der Vergangenheit nichts genutzt hat und nach Corona noch schädlicher ist. Der Kanton Bern muss seine Investitionen intensivieren. Statt einen möglichst niedrigen Platz im Steuerranking, sollten wir einen gesellschaftlichen Zusammenhalt anstreben. Das geht nur mit Bildung, Infrastrukturen, Kultur, Klimaschutz. Erich möchte sich an einer wenig ideologischen und mehr an Bedürfnissen orientierten Finanzpolitik beteiligen.

Wichtigkeit der Industrie: Die Industrie ist exportorientiert und damit abhängig von stabilen internationalen Verbindungen, vor allem nach Europa. Der Kanton ist bereits dran mit dem Innovationspark und SITEM, diesen Weg will Erich unterstützen. Es ist ein Hebel für die Entwicklung von Gesellschaft und Klimaschutz. Und gleichzeitig die Basis, um unseren Lebensstandard zu halten und für soziale Gerechtigkeit.

Der ÖV hat in Corona stark gelitten: Wir müssen ihn schützen, absichern, an die Bedürfnisse anpassen und zum Rückgrat einer nachhaltigen intermodalen Mobilität der Zukunft ausrichten. Dazu kommen schnelle Velorouten zur Verbindung von Wohngebieten und Arbeitsplätzen. Im dünner besiedelten ländlichen Raum kann der ÖV den MIV nicht komplett ersetzen. Aber der MIV kann durch den Kanton nachhaltig gestaltet und an den Klimazielen ausgerichtet werden. Hier liefert die bürgerliche Regierungsmehrheit keine Impulse.

Eine gute, kostenlose Bildung ist ein Kernanliegen der sozialen Politik. Sie ist auch der Grund für Erichs Beitritt zur SP. Eine gute Bildung ermöglicht ein gutes Leben. Zunehmend wichtiger werden Weiterbildungen, weil sich alles immer schneller verändert. Die Schweiz kann nur erfolgreich werden, wenn sie immer und intensiv in Bildung investiert. Gute Bildung, wie auch solide Staatsfinanzen und ein leistungsfähiger Service Public sind auch im Interesse der Wirtschaft.

Die Sozialhilfepolitik der bürgerlichen Mehrheit schafft mehr Druck und Stigmatisierung. Das ist unmenschlich und für eine bessere Integration nachhaltig erfolglos. Menschen in der Sozialhilfe

werden wenig angeleitet und gefördert und es gibt zu wenig Anstrengungen, damit die Wirtschaft Arbeitsplätze für diese Menschen schafft. Es darf nicht um die Administration Armutsbetroffener gehen, sondern darum, ihre Befähigung zu fördern.

Erich ist zutiefst überzeugt, dass wir heute an einem Wendepunkt stehen. Der Staat übernimmt wieder eine stärkere Rolle, das ist auch nötig. Aber der Staat muss nicht alles machen. Er ist ein stabilisierender Faktor in allen Krisen, soll Sicherheit geben und lenken. Die notwendigen Mittel dafür müssen vorhanden sein. Die neoliberalen Zeiten, als ein schlanker Staat als Selbstziel galt, sind vorbei. Dabei wurde immer der soziale Ausgleich vergessen, die Bürgerlichen haben sich damit verrannt und die Menschen spüren, dass etwas schiefgelaufen ist. Erich freut sich, den Tanker wieder auf den richtigen Kurs zu bringen ohne zu übersteuern. Erfreut sich darauf, mit Evi Allemann, Christoph Ammann und Christine Häsler zu arbeiten, aber auch auf die Zusammenarbeit mit SP Kanton Bern, PSJB und auch dem PSA. Er dankt dem Parteitag für die Unterstützung seiner Kandidatur.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Die Parteileitung schlägt vor, die drei Kandidierenden in Globo zu nominieren. Es gibt keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

Antrag GL: Evi Allemann, Christoph Amman und Erich Fehr als Regierungsratskandidierende zu nominieren

Abstimmung: 93 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen.

5 FINANZGESCHÄFTE

5.1 Bericht Geschäftsprüfungskommission

Katrin Meister, Mitglied GPK, stellt den Bericht vor.

Die GPK hat 2020 eine Sitzung durchgeführt. Wegen Corona gab es keinen Kontakt mit den Gremien aber trotzdem Austausch per Email. Dabei hat die GPK jederzeit unkomplizierte Auskünfte erhalten. Bei der Revision der Jahresrechnung durch einen GPK-Ausschuss haben Karin Amatucci und David Stampfli offen Auskunft gegeben, alle Fragen der GPK wurden geklärt.

Ein neues GPK-Mitglied ist Marcel Steinmann. Matthias Burkhard wurde bereits im Februar verabschiedet, Katrin dankt ihm im Namen der GPK für seinen grossen Einsatz. Matthias war Präsident an interim, seit seinem Rücktritt ist die GPK präsidiumslos, die Aufgaben werden aber dennoch wahrgenommen. Dass es kein Präsidium mehr gibt, liegt an den vielen Wechseln im Gremium. Zunächst soll nun der Amtsantritt von Martin Wiederkehr und die Wahlen für das Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland mit Ladina Kirchen abgewwartet werden, danach entscheidet die GPK weiter. Katrin legt dem Parteitag die Wahl Martin Wiederkehrs in die GPK sehr ans Herzen. Sie kenn ihn als sehr engagiertes Mitglied und würde sich über die Zusammenarbeit freuen.

5.2 Jahresrechnung und Bilanz 2020

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär, stellt Rechnung und Bilanz vor.

Rechnung und Finanzplan wurden mit den Unterlagen verschickt. Die SP Kanton Bern schliesst 2020 mit einem Gewinn von 1416.90 CHF. Der Grund dafür sind höhere Einnahmen und weniger

Ausgaben. Darum konnten mehr Mittel in den in den Wahlfonds eingelegt werden, was hinsichtlich der Regierungsratswahlen, aber auch für die Gross-, National- und Ständeratswahlen sehr gut ist. Auf der Einnahmeseite haben wir bei den Mitgliederbeiträgen wieder zugelegt, weil wir wieder mehr Mitglieder haben. Dennoch ist das der Mitgliederertrag weiterhin eine ständige Aufgabe für die Gremien auf allen Ebenen. Die Einnahmen beim Solibeitrag sind höher als budgetiert, die Mandatsabgaben sind etwas unter der Erwartung, letztere unterliegen aber natürlichen Schwankungen. David dankt den Mandatär:innen für ihre Beiträge.

Die Ausgaben liegen unter Budget, weil Corona Aktivitäten erschwerte. Damit haben wir mehr Geld für 2021 auf die Seite, die für die Kampagnen und den Vorlauf für die Wahlen eingesetzt werden.

Rechnung und Bilanz 2020 wurden von Ladina Kirchen und Katrin Meister am 19. Februar 2021 revidiert. Das Sekretariat hat ihre Fragen beantwortet.

Antrag GL: Annahme Jahresrechnung, Bilanz und Erteilen der Décharge

Abstimmung: 96 Ja, 0 Nein 1 Enthaltung

5.3 Finanzplan 2022-24 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär, stellt den Finanzplan vor.

Für die Planungsperiode ist ein ausgeglichener Finanzhaushalt vorgesehen. Es gibt keine grossen Veränderung gegenüber vergangenen Jahren, nur die höhere Miete für Sekretariat schlägt höher zu Buche.

Wir haben genügend Rückstellung im Wahlfonds, darum empfiehlt die Geschäftsleitung, den Mitgliederbeitrag bei 43 CHF zu belassen.

Antrag GL: Genehmigung Finanzplan 2022-24 und unveränderter Mitgliederbeitrag von 43 CHF.

Abstimmung: 96 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung

6 PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VON 13.06.2021

6.1 Referendum CO2-Gesetz

Nadine Masshardt, Nationalrätin Bern, stellt die Vorlage vor.

Es wird sehr knapp und es braucht uns alle. Die SP steht klar für ein JA ein, wer das Klima schützen will sagt ja, ein Nein wird die Klimapolitik um Jahrzehnte zurückwerfen.

Heute ist es 2.5 Grad wärmer als vor 150 Jahren. Das hat fatale Folgen, die in der Schweiz besonders sichtbar: Gletscherschmelze und weitere Extremereignisse, wir haben also die Folgen der Erwärmung direkt vor der Haustüre. Auch für Landwirtschaft und Tourismus ist das fatal. Nichts tun kostet viel mehr als die Kosten CO2-Gesetz.

Der Ausblick ist ebenfalls nicht gut: Die Erwärmung geht weiter, damit das Pariser Abkommen von 2015 eingehalten werden kann, braucht es das CO2-Gesetz, es setzt die Ratifizierung des Pariser Abkommens um. Am besten geschieht dies vor einer Erwärmung von 2 Grad, weil danach irreversible Schäden entstehen. Die Schweiz will und muss handeln.

Was ändert sich? Das Ziel des Gesetzes ist, die Emissionen zu reduzieren um 50% bis 2030, drei Viertel davon im Inland. Das ist nicht sehr extrem, die EU will sie um 60% reduzieren, andere noch mehr. Das Gesetz ist sehr moderat, dafür auch breit abgestützt.

Die vorgesehenen Massnahmen betreffen die Bereiche, die für einen Grossteil der Emissionen verantwortlich sind: Gebäude, Verkehr etc. Das Ziel ist immer, die Emissionen zu reduzieren. 50%

der Abgabe werden an die Bevölkerung zurückverteilt, 90% profitieren von dieser Abgabe. Die restlichen 50% werden investiert für Innovation mittels einem Klimafonds.

Das Gesetz ist also sozialverträglich und fair: es geht nach dem Verursacherprinzip: Bezahlt wird es von Vielfliegenden, Menschen in grossen Wohnungen mit Fossilheizungen.

Alle profitieren, denn alle erhalten den gleichen Betrag als Vergünstigung der Krankenkassenprämien zurück. Und Sanierungen an Häusern werden finanziell unterstützt.

Die Gegner:innen sind die Auto- und Erdöllobby, weil deren Businessmodell in Gefahr ist. Umgekehrt umfassen die Befürworter:innen eine breite Allianz von Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, sogar der TCS ist dafür und der Bauernverband.

Darum empfiehlt Flavia die JA-Parole.

Vanessa Bieri, SP Frutigland

Fühlt sich hin- und hergerissen: Sie findet die Umverteilung sehr gut, fragt sich aber, ob nicht noch mehr möglich gewesen. Macht sich Sorgen, dass bei einer Annahme lange nichts mehr passiert. Wir müssen auch nach der Abstimmung unbedingt am Thema dranbleiben.

Antwort: Die Vorlage geht nach dem Verursacherprinzip, wenig Ausstoss bedeutet, dass man weniger bezahlt. Die Zahlen zeigen eindrücklich, dass Haushalte mit weniger Finanzen weniger ausstossen. Es handelt sich also um eine Lenkungsabgabe, keine Steuer. In dem Sinn ist die Vorlage sehr sozialverträglich und fair. Das Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Klar hätten wir mehr gewollt, aber hierfür haben wir die nötige Mehrheit gefunden. Es ist eine Illusion, dass bei einer Ablehnung mehr rausgeholt werden kann: mehr ist nicht mehrheitsfähig. Die nächsten Schritte sind schon auf dem Tapet: Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, Energiegesetz, ...

Abstimmung:

Antrag GL: JA-Parole

Abstimmung: 96 JA, 1 Nein, 1 Enthaltung

6.2 Referendum Covid-19-Gesetz

Matthias Aebischer, Nationalrat Bern, stellt die Vorlage vor.

Wir stimmen nicht über die aktuellste Version des Gesetzes ab, sondern über dasjenige vom 25. September 2020. Seither wurde das Covid-19-Gesetz immer wieder revidiert. Warum brauchen wir das Covid-19-Gesetz?

Das Epidemienengesetz wurde 2013 angenommen. Dort gibt es zwei Artikel für besonderen, resp. der ausserordentlichen Lage, bei denen das Notrecht angewendet werden kann. Das Notrecht kann aber nicht ewig bleiben, es muss möglichst schnell in ein Gesetz kommen, was gilt. Und das steht im Covid-19-Gesetz. Beispielsweise die finanziellen Entschädigungen für den Kulturbereich (130 Millionen), die Entschädigungen für Unternehmen (8.2 Milliarden), für den Sportbereich, Breiten- und Spitzensport (150 Millionen), der Medien- und Coronaerwerbssersatz (1.3 Milliarden), die ALV und die Kurzarbeitsentschädigung (6 Milliarden). Stand letzten Frühling beliefen sich die Zahlungen auf insgesamt 23 Milliarden. Dazu kommen noch Nachtragskredite über 14 Milliarden. Diese Kosten gelten für Bund und Kantone, wobei der Bund subsidiär wirkt.

Die Verpflichtungskredite umfassen 161 Milliarden, Maurer sagte dazu „wir haben das Geld!“ Das merken wir uns für Diskussionen über Soziales und die AHV!

Was hat die SP erreicht? Wir haben die Kurzarbeitsentschädigung für Tieflöhne verlängert, die Gesetzesrevision erfolgte in immer wechselnden Kommissionen. Bei den Taggeldern sind wir noch nicht zufrieden. Die SP findet, dass zusätzliche 66 Taggelder das mindeste sind, weil ein Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt in der Pandemie natürlich schwieriger ist.

Verhindert haben wir 12 zusätzliche Arbeitssonntage, ein fixes Öffnungsdatum für Restaurants etc.

Was geschieht, wenn wir die Abstimmung übers Covid-19-Gesetz verlieren? Das ist Unwahrscheinlich und die meisten Gelder sind bereits geflossen. Eine Annahme zeigt aber, dass wir mit dem Vorgehen grundsätzlich einverstanden sind. Dabei gibt es keinen blinden Gehorsam, aktuell prüft die GPK, ob das Parlament in der Pandemie zu lange ausgehebelt wurde. Alles in allem bittet Matthias um die JA-Parole.

Es gibt keine Wortmeldungen

Abstimmung

Antrag GL: JA-Parole

Abstimmung: 102 Ja, 0 Nein 1 Enthaltung

6.3 Referendum Antiterror-Gesetz

Flavia Wasserfallen, Nationalrätin Bern, stellt die Vorlage vor.

In der SP sind wir einig, dass die Vorlage schlecht ist und es schade ist, dass sie so unter dem Radar läuft. Denn sie hat eine grosse Tragweite, dagegen kämpft nur eine wenig sichtbare Gegenkampagne.

Die Vorlage läuft unter dem Deckmantel der internationalen Entwicklung der Terrorismusbekämpfung: in autoritären Regimes wird mit diesem Argument die Opposition lahmgelegt, in der Schweiz hat das Parlament nun das «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (*PMT*)» verabschiedet. Unsere Kommissionmitglieder, Daniel Jositsch, Min Li Marti und Tamara Funicello haben sich gegen die schlimmsten Bestimmungen gewehrt.

Wer ist vom Gesetz betroffen? «Gefährder:innen», das sind Menschen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie eine terroristische Aktivität geplant haben. Was ist eine terroristische Aktivität? Umfasst die Gesetzesformulierung «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen» auch ein pointiertes Plakat in einer Kampagne? Oder eine Klimademo die System Change verlangt? Aus rechtsstaatlicher Sicht ist diese Formulierung nicht haltbar und unverhältnismässig.

Was sind die Zwangsmassnahmen: Hausarrest, also Freiheitsentzug, sowie Kontaktverbote und ein Ausreiseverbot. Diese Massnahmen können auf alle Gefährder:innen angewendet werden, auch präventiv ohne konkrete Beweise oder gar begangene Straftaten. Wir sprechen von bis zu neun Monaten Hausarrest. Die Zwangsmassnahmen können ab 12 Jahren, Hausarrest ab 15 Jahren verordnet werden. Das verletzt die UNO-Kinderrechtskonvention. Das sagt die UNO, die die Schweiz für diese Massnahmen stark gerügt hat. Generell verstösst die Vorlage gegen Menschenrechte und schafft weltweit einen gefährlichen Präzedenzfall

Dazu kommt, dass alle Massnahmen ausser Hausarrest von der Polizei alleine angeordnet werden können. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit von Fehlern, Missbrauch und Willkür. Dieses Vorgehen verletzt die Gewaltenteilung und schafft Unschuldsvermutung ab, wie es auch 50 Jura-Professor:innen kritisieren. Das Gesetz bringt keine zusätzliche Sicherheit. Darum bittet Flavia den Parteitag um die NEIN-Parole.

Zum Abschluss macht Flavia noch ein Gedankenexperiment: Karin Keller-Sutter wurde gefragt, ob ihr wohl damit wäre, wenn diese Vorlage in den Händen eines politischen Feindes wäre.. Sie meinte, das stelle sie sich lieber nicht vor. Aber genau das sollten wir vor einer Abstimmung unbedingt machen.

Es gibt keine Wortmeldungen

Abstimmung

Antrag GL: NEIN-Parole

Abstimmung: 0 Ja, 96 Nein, 2 Enthaltungen

6.4 Trinkwasser-Initiative und Pestizid-Initiative

Regina Fuhrer-Wyss, Grossrätin Burgistein, stellt die Initiativen vor.

In der Schweiz haben in letzter Zeit einige Gemeinde ihre Trinkwasserreservoirs geschlossen, andere planen den Bau von teuren Filteranlagen. In Oberflächengewässern, also Bächen, sind Fische und Kleinlebewesen durch einen Pestizidcocktail bedroht. Auch im Boden: In abgelegenen Gebieten, im Wald, in Bioböden zeigt sich: Sie sind indirekt durch Pestizide verseucht. Die Bodenfruchtbarkeit hat abgenommen, die Bodenverdichtung zu. Auch die Biodiversität hat massiv abgenommen: Es betrifft Vögel, Bienen, Insekten: Die Vielfalt ist um 60% geschrumpft. Die Vielfalt der Flora ist durch zu vielen Dünger und Stickstoff kleiner. Es gibt immer mehr Lebensmittel, die Pestizide ausweisen.

Die Antibiotikaresistenz bei Menschen nimmt besorgniserregende Züge an.

Das alles zeigt: Die Landwirtschaftspolitik hat eine Entwicklung zur industrielleren Landwirtschaft und zur Steigerung der Maximalerträge und der Höchstleistung der Tiere geführt.

Zulassungsbehörden des Bundes haben Pestizide mit Risiken zugelassen, nachträglich wurden dann einzelne verboten. Teilweise wurden Pestizide nur als einzelner Wirkstoff untersucht, nicht aber als Cocktail.

Die Landwirtschaft ist nicht die einzige Verursacherin von Problemen. Verkehr, Industrie, und die generelle Zubetonierung tun ihres dazu. Aber die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zu einer Verbesserung der Klima- und Umweltsituation leisten. Die Gesellschaft ist bereit, jährlich 2.8 Milliarden Franken an Direktzahlungen zu leisten. Dafür sind Anforderungen und Leistungen definiert, leider gibt es heute falsche Anreize. So werden 1.2 Millionen Tonnen Futtermittel importiert und 200 Tonnen Pestizide eingesetzt, Zudem werden 1400 kg kritische Antibiotika eingesetzt, oft prophylaktisch.

Darum stimmen wir nun über zwei Initiativen aus der Zivilbevölkerung ab, die aber unabhängig voneinander lanciert wurden. Das zeigt, dass in der Bevölkerung eine grosse Sorge besteht im Zusammenhang mit der Produktion von Lebensmitteln und deren Auswirkungen.

Beide Initiativen haben das gleiche Ziel: gesunde Lebensmittel, sauberes Trinkwasser, die Umweltbelastung durch die Landwirtschaft reduzieren. Beide fordern einen Systemwechsel in der Landwirtschaft. Aber sie verfolgen Unterschiedliche Ansätze:

Die Trinkwasser-Initiative stellt Forderungen an Betrieb für Direktzahlungen. Dazu zählen der Erhalt der Biodiversität, keine Pestizide und, dass nur so viele Tiere gehalten werden, wie der Betrieb ernähren kann. Zudem sollen prophylaktische Antibiotika ausgeschlossen werden. Es gilt eine Übergangsfristen von acht Jahren.

Die Pestizidfrei-Initiative fordert ein Grundsätzliches Verbot von synthetischen Pestiziden, auch für Private, die öffentliche Hand, SBB, etc. Und darüber hinaus ein Importverbot für Lebensmittel, die mit synthetischen Pestiziden produziert wurden.

Es ist höchste Zeit zu handeln, es braucht einen Systemwechsel in der Landwirtschaft jetzt. Das ist wichtig für Menschen, Tiere, die Natur, die Umwelt. Als Bäuerin sieht Regina dies als Chance für Bäuer:innen, um aus dem Hamsterrad vom immer schneller immer billiger auszusteigen.

Beide Initiativen sehen lange Übergangsfristen vor. Wissenschaft und Forschung sind derzeit fast ausschliesslich auf die Entwicklung von noch mehr Pestiziden fokussiert. Mit den Übergangsfristen bleibt nun die Zeit, dass Wissenschaft und Forschung ihren Teil für den Systemwechsel leisten kann.

Diese Kombination ist wichtig und gut. Regina empfiehlt deshalb zweimal die JA-Parole.

Raphael Racine, SP Muri-Gümligen

Er hat den sozialen Aspekt im Fokus und der ist ziemlich ernüchternd: Die Auswirkungen sind, dass Produkte ökologischer werden, aber es weniger davon gibt und diese teurer verkauft werden. Regionale Produkte werden mittlere/kleinere Einkommen nicht bezahlen können. Aufgrund der Trinkwasser-Initiative werden Menschen auf importierte Waren aus Spanien zurückgreifen, das ist nicht ökologisch und nicht sozial. Leute mit grösserem Einkommen können darauf verzichten, diejenigen mit kleinerem nicht.

Die Pestizid-Initiative verstösst zudem gegen internationales Handelsrecht der WTO. Raphael findet es bedenklich, dass die SP diese Vorlagen unterstützt.

Antwort: Weniger Produktion dient langfristig sogar der Versorgungssicherheit: der Maximalertrag des Bodens leidet längerfristig unter der heutigen Landwirtschaft. Für Versorgungssicherheit braucht es langfristig gesunden Boden.

Bei der Frage nach den Kosten der Lebensmittel gilt zu beachten, dass heute ein Drittel der Lebensmittel weggeworfen werden. Eigentlich ist das ein Zeichen, dass sie zu billig und Dann geht es um die Kostenwahrheit: billigere, konventionelle Produkte sind mit Folgekosten behaftet. Schauen wir Gemüse aus dem Seeland an, sehen wir nur das Rüebli. Aber die Folgeschäden, wie Filteranlagen für die Trinkwasserversorgung, betragen Millionen und kosten mehr Wasser. Regina ist überzeugt, dass auch für Menschen mit kleinem Budget das Recht auf gesunde Lebensmittel ohne Pestizidrückstände besteht.

Abstimmung Trinkwasser-Initiative

Antrag GL: JA-Parole

Abstimmung: 84 Ja, 9 Nein, 6 Enthaltungen

Abstimmung Pestizid-Initiative

Antrag GL: JA-Parole

Abstimmung: 85 Ja, 11 Nein, 4 Enthaltungen

7 VERABSCHIEDUNGEN

7.1 Parteileitung

Co-Präsidentin **Mirjam Veglio** verabschiedet **Matteo Langenegger** als Vizepräsidenten.

Heute Morgen hörten wir «Auch die Revolution braucht ein Budget» - das ist Matteo Langenegger wie wir ihn kennen. Merkt euch diesen Namen, er wird uns eines Tages sicher wieder begegnen.

Mirjam erinnert an sein flammendes Votum bei seiner Nomination für das Vizepräsidium. Matteo verwies auf sein BWL-Studium mit einem Fokus auf Banking/Finances und ist damit in der SP eher exotisch. Mit diesem Wissen drohte er uns, das Geld aus der Tasche ziehen, wir sollten also auf der Hut sein. Er wurde dann glanzvoll gewählt. Viele hielten wohl mit einer Hand das Portemonnaie, die andere aber ging in die Höhe.

Im Namen der Parteileitung spricht Mirjam Matteo einen grossen Dank aus, für sein Engagement in der PL und für seine klaren Voten. Zukünftig wird er nach Zürich pendeln, dafür schenkt ihm die Partei Noise Cancelling Kopfhörer. Die Parteileitung lässt Matteo nur ungern ziehen und freut sich darauf, ihn noch bei Gelegenheit zu sehen.

Matteo Langenegger war es eine grosse Freude, einer der Vizes zu sein. Er dankt für das tagtägliche Engagement in der Parteileitung. Der Kanton und die Welt braucht eine starke linke Sozialdemokratie. Als SP sind wir nur so stark wie unsere Mitglieder, darum auch vielen Dank für das Engagement aller!

Co-Präsident **Ueli Egger** verabschiedet **Elisabeth Striffeler** als Fraktionspräsidentin. Ueli kann sich Fraktion und Parteileitung nicht ohne Elisabeth vorstellen. Als Grossrat und als Co-Präsident hat er sie als kompetente vorausschauende Fraktionspräsidentin kennengelernt. Sie hat sich nie ans Redner:innenpult gedrängt, sondern war stattdessen bemüht, dass sich alle SP-fraktionsmitglieder von ihrer besten Seite zeigen können. Bei grundsätzlichen Auftritten ist sie richtig aufgetreten, da wurde es jeweils still im Saal. Das war in der Fraktion zum Glück (fast) nie nötig. Sie hat die Mitglieder mit Humor und Augenrollen auf dem linken Kurs gehalten. Wenn jemand unsicher bezüglich einer Parole war, konnten sie sich jeweils an Elisabeths Karte orientieren.

Als Fraktionspräsidentin war Elisabeth automatisch Parteileitungs- und Geschäftsleitungsmitglied und ab Uelis erster Sitzung mit ihrer Ruhe und ihrer Erfahrung eine wichtige Stütze für ihn.

Obwohl Elisabeths Rücktritt als Fraktionspräsident erst per Ende Juni erfolgt, hat sie darum gebeten, bereits heute verabschiedet zu werden. Dieser Bitte folgen wir gerne, obwohl wir sie ungern ziehen lassen. Leider werden wir darum heute auch die letzte Parteitagzusammenfassung von Elisabeth hören. Elisabeth, wir werden dich dafür uns für alles andere vermissen.

7.2 Geschäftsleitung

Vinz Binggeli war noch nicht so lange dabei wie Elisabeth, dafür wurde er vom Parteitag gewählt. Er war die Vertretung der JUSO in der GL. Ueli schätzte seine aufmerksame und konstruktive Art, mit der Vinz Geschäfte kritisch betrachtete und die JUSO-Sichtweise einbrachte. Vinz' Abschied hier ist auch ein Grund zur Freude, er wird ab Juni die Fraktion im Grossen Rat verstärken. Ueli freut sich sehr auf die weitere Zusammenarbeit und wünscht Vinz viel Erfolg und Zufriedenheit. Vielen Dank für geleistetes und zu leistendes.

Ivan Kolak wurde Vertreter SP MigrantInnen in GL gewählt. Dort hat nicht nur die Anliegen der SP MigrantInnen mit viel Herzblut vertreten, sondern sich auch für die Rechte aller eingesetzt. Ein Schwerpunkt von Ivan war das Stimmrecht für Menschen ohne Schweizer Pass, womit die SP leider im Grossen Rat bisher gescheitert ist. Auch dank Ivans Mithilfe gibt es nun eine engagierte AG unter der Leitung von Anna Tanner, die sich mit dem Thema befasst. Ueli dankt für das engagierte und kritische Mitarbeiten in der GL und wünscht Ivan alles Gute, politisch, beruflich und privat.

8 GESAMTERNEUERUNGSWAHLEN

8.1 Wahlen in die Geschäftsleitung

Sebastian Rüti kandidiert als neuer Vertreter der JUSO in der GL. Er arbeitet heute leider, weshalb er ein Video geschickt hat. Sebastian freut sich, alle kennenzulernen.

Halua Pinto de Magalhães wurde von den SP MigrantInnen als GL-Vertretung nominiert. Früher war Halua oft als JUSO-Vertretung an den Parteitagen der SP Kanton Bern, in den letzten Jahren aber nicht mehr so aktiv. Das möchte Her zukünftig wieder ändern. Halua hat viel Erfahrung in Parteipolitik, vor allem in Migrationspolitischen und rassismuskritischen Fragen.

Weil sich für die Nachfolge als Genderfachperson noch niemand gefunden hat, wird diese Wahl auf den nächsten Parteitag verschoben

Wahl: Die Mitglieder der Geschäftsleitung werden in Globo mit 88 Ja, bei einer 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen gewählt.

8.2 Wahlen in die Geschäftsprüfungskommission

Martin Wiederkehr, Biel, kandidiert neu für die GPK und stellt sich vor: Seine Unterlagen wurden mit den Parteitagsunterlagen verschickt. Martin fühlt sich geehrt, in der GPK mitzuarbeiten und dankt Katrin Meister für ihre Wahlempfehlung. Er hat Erfahrung in Biel, und in diversen Kommissionen mitgearbeitet. Obwohl er nicht Jurist oder Treuhänder ist, hat Martin viele Gesetze und Reglemente mitbearbeitet. Zuletzt auch als Vizepräsident der beratenden Kommission der Stadt Biel. Er hat lange in der SP mitgearbeitet und will das auch zukünftig tun. Nun will er sich aber aus Führungsgremium zurückziehen und lieber im Hintergrund seine Ressourcen einbringen. Das hier ist herausfordernde Aufgabe, die er gerne übernimmt. Dankt für Wahl.

Wahl: Die Wahl der GPK-Mitglieder erfolgt in Globo bei 94 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung

9 RESOLUTIONEN

Resolution *«Jetzt endlich die angemessene Vertretung der Migrant*innen auf den Wahllisten anpacken»* von Leyla Güzel, Halua Pinto de Magalhães und Cigdem Saydam

Leyla Güzel stellt die Initiative vor. Die Wohnbevölkerung im Kanton Bern ist sehr vielfältig, Personen mit Migrationshintergrund sind untervertreten. Eine frühere Resolution hatte Parteileitung aufgefordert, Sichtbarkeit für Migrationsbevölkerung zu schaffen. Die SP kennt Frauen- und Männerlisten, das Gleiche braucht es für Migrant:innen, denn nur so haben die Vertreter:innen echte Wahlchancen. Es gibt viel Hoffnung von Migrant:innen an die SP.

Halua Pinto de Magalhães: Leyla hat die Inhalte der Resolution bereits gut transportiert. Es geht darum, dass die Vielheit auch wirklich repräsentiert und politisch abgebildet wird. Dafür braucht es auch institutionelle Veränderungen in der parlamentarischen Politik und innerhalb der Partei. Darum umfasst die Resolution vier Forderungen

1. Die Parteileitung wacht im engen Dialog mit den Sektionen und Regionalverbänden darüber, dass die Migrationsbevölkerung auf den Wahllisten für die Grossratswahlen möglichst anteilmässig zur Gesamtbevölkerung und mit guten Wahlchancen vertreten ist.
2. Die Parteileitung sorgt dafür, dass zentrale Anliegen der Migrationsbevölkerung Teil des Wahlkampfes werden. Namentlich soll sich die SP gegen die Verknüpfung von Sozialhilfe mit dem Aufenthalt und der Einbürgerung einsetzen, denn Armut ist kein Verbrechen und darf nicht länger zu Rückstufungen des Aufenthaltsstatus oder zu einer Verschlechterung der Einbürgerungschancen führen. Wir sollten dies nicht weiter hinnehmen.
3. Die Parteileitung beauftragt die SP Migrant*innen, für die Partei in Zusammenarbeit mit der „Arbeitsgruppe Stimmrecht“ eine Diversitätsstrategie zu erarbeiten; diese schliesst ein Konzept für ein Förder- und Bildungsprogramm mit ein, um geeignete Kandidierende aus der Migrationsbevölkerung zu begleiten und zu fördern – für die Wahlen 2022 und darüber hinaus.
4. Die SP Kanton Bern unterstützt diese Ziele der SP Migrant*innen Kanton Bern proaktiv und verleiht der Migrationsbevölkerung in der Wahlkampagne eine starke Stimme.
Hofft auf Zustimmung

Vizepräsidentin **Anna Tanner** vertritt die Haltung der Parteileitung.

Natürlich ist es für die SP ein grosses Anliegen, die Repräsentation zu thematisieren. Das war es schon vorher und wird es auch weiterhin sein. Die Parteileitung ist froh um Inputs zum Thema und

nimmt die Resolution entgegen. Anna bringt das Anliegen in die AG Stimmrecht und diskutiert es mit den Mitgliedern zusammen.

Die PL empfiehlt die Annahme der Resolution:

Abstimmung: 79 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen.

10 VERSCHIEDENES

Pia Neuhaus, SP Bümpliz/Bethlehem

Die AG Mitgliederaktivierung für zwei Bildungsveranstaltungen im ersten Halbjahr durch, eine zu Verkehrsplanung/Sicherheit und eine sozialem Wohnungsbau.

Béatrice Stucki, SP Bern Nord

Der Grosse Rat hat das Volksschulgesetz beraten, dabei haben die Bürgerlichen Verschlechterungen beschlossen. Der vpod Bern und die Berner Tagesschulen wollen diese rückgängig machen und haben zu diesem Zweck die Petition «avanti» lanciert. Bitte alle unterschreiben!

11 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Fraktionspräsidentin **Elisabeth Striffeler** fasst den Parteitag zusammen: Statt in Biel fand der Parteitag der formstarken SP virtuell in Bern statt. Ueli findet es skandalös, dass Private die grössten Geldgeber der UNO sind, den Mars erreichen; Moderna und weitere lassen sich reichimpfen

Die Schweiz und der Kanton Bern hat uns, die SP nötig für Abstimmungen und nach-Corona Zeit Mirjam ist stolz auf uns, auf die SP und alle: Wir haben die Elternzeit im Alleingang geschafft. Das zeigt: wenn wir wollen, können wir. Wir haben Lösungen für die Synchronisation de Lebens, weil wir die richtigen Ideen haben und weil wir die Menschen im Fokus haben, das giöt für alle Politikfelder.

Wir danken Hervé, dass er mithilft, die linke Mehrheit im Regierungsrat zurückzubringen und wir haben mit Erich Fehr einen chancenreichen Kandidaten gefunden. Das ist die aussichtsreichste Strategie für die Wahlen. Evi will den Bären wieder zum Fliegen bringen, auch wenn er die Sterne nicht immer erreicht. Sie will sich motiviert und engagiert einbringen. Christoph arbeitet an der Wirtschafts-/Kurzarbeitsgesetzgebung, Aber er hat in der WEU viel erreicht, nun müssen wir das Das CO2 senken und unsere Klimaziele erreichen. All das noch besser möglich mit einer linken Mehrheit im Regierungsrat. Erich verdient und braucht die linke Mehrheit. Als Bieler ist er es gewohnt, Brücken zu bauen zwischen den Sprachgruppen und zum Jura Bernois. Er fordert eine menschenorientierte Finanzpolitik, der Staat muss mehr als stabilisierender Faktor wirken. Er will den Tanker wieder auf den richtigen Kurs bringen, ohne zu übersteuern. Die Parteileitung dankt für die einstimmige Unterstützung und für die Unterstützung der GL-Parolen für die Abstimmungen.

Heute haben wir Matteo verabschiedet, er wird fehlen, wir danken ihm herzlich. Wir sind überzeugt, dass wir ihn bald schon wiedersehen. Wir danken Vinz, der seit 2019 und Ivan, der seit 2018 in der GL motiviert mitgearbeitet haben, und wünschen ihnen alles Gute. Und natürlich heitten wir Sebastian, Halua und Martin willkommen in ihren neuen Funktionen.

Elisabeth dankt den teilnehmenden fürs Ausharren und Mitmachen und wünscht allen eine gute und gesunde Zeit. Der Parteitag ist geschlossen.

Der nächste Parteitag findet am 10.11.2021 in Bern (oder per Zoom) statt.

Der Parteitag ist geschlossen.
Schluss des Parteitags 13.10 Uhr.

Für das Protokoll


Zora Schindler

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle